

Rieserer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 177.

Donnerstag, 2. August 1917, abends.

70. Jahrg.

Das Rieserer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 85 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabertages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundchriftzeile (7 Zeilen) 20 Pf., Preis für 15 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Jede Zeile. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in sonstiger gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung; der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Fanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Gähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Verkauf von Kohlrabi, Karotten und Blumenkohl.

Der Verkauf von Kohlrabi, Karotten und Blumenkohl ist in Bündeln zulässig. Doch müssen die Bündel so eingerichtet sein, daß sie den in der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 11. Juli bestimmten Gewichtseinheiten (Pfund) entsprechen.

Großenhain, am 28. Juli 1917.

Der Kommunalverband.

Der Herr Friedrich Hermann Jähne ist von uns als Wächter für die städtischen Park- und Gartenanlagen in Pflicht genommen worden.

Der Rat der Stadt Riesa, am 2. August 1917. Sub.

Grasverpachtung.

Sonntag, den 5. d. M., nachmittags 1 Uhr wird im Galkhof zum Stern das in dem Stroßengraben anstehende Gras zweiten Schnitts meistbietend verpachtet.

Zeithain, den 2. August 1917.

Der Gemeindevorstand.

Milch- und Griesartenausgabe in Gröba.

Freitag, den 3. August 1917, nachmittags 6 bis 7 Uhr, werden die Milch- und Griesarten auf die nächsten 4 Wochen ausgeben. Die Ausgabe erfolgt der Zahlungen wegen diesmal im Gemeindevorstand in folgenden Zimmern:

Milcharten Buchstabe A—L Zimmer Nr. 3

M—Z „ „ 6

Griesarten „ „ 4

Die jetzigen Milcharten sowie die Griesartennummern sind vorzulegen.

Gröba, Elbe, am 2. August 1917.

Der Gemeindevorstand.

Pflaumenverpachtung.

Sonntag, den 4. Aug., nachm. 6 Uhr soll in Hennigs Gasthof, hier, die Pflaumenverpachtung der Gemeinde verpachtet werden. Die Bedingungen werden vorher bekannt gegeben.

Doppitz, den 2. August 1917.

Der Gemeindevorstand.

Ribots Antwort.

Agence Havas meldet aus Paris: Die Erklärungen, die der Ministerpräsident Ribot in der Kammer abgab, hatten folgenden Wortlaut: Der deutsche Reichskanzler hat sich erlaubt, öffentlich an die französische Regierung die Aufforderung zu richten, zu erklären, ob sie in der geheimen Sitzung am 1. Juli der Kammer nicht von einem Geheimvertrag Kenntnis gegeben habe, der am Vorabend der russischen Revolution abgeschlossen wurde, und in dem sich der Bar verpflichtete, unsere Ansprüche auf die deutschen Gebiete links vom Rhein zu unterstützen. Die Erklärung des Kanzlers enthält einige große Ungenauigkeiten und wirkliche Lügen, besonders bezüglich der Rolle, die er Voltaire zuteilt, daß dieser Verstoß gegeben habe, den Vertrag ohne Wissen des Reichskanzlers zu unterzeichnen. Wir wissen, wie die Ereignisse sich abgepielt haben. Infolge seiner Unterhaltung mit dem Baron erbat und erhielt Domergue vom Baron die Ermächtigung, Akt zu nehmen von dem Versprechen des Bar, unsere Zurückforderung von Elsaß-Lothringen, das uns gewaltsam entzogen worden ist, zu unterstützen, und uns freie Hand zu lassen in der Aufhebung von Garantien gegen jeden neuen Angriff, nicht durch Einverleibung der linksrheinischen Gebiete für Frankreich, sondern dadurch, daß wir im Notfall aus diesen Gebieten einen selbständigen Staat machen, der uns, so wie Belgien, gegen Einfälle von der anderen Rheinseite schützen sollte. Wir haben niemals daran gedacht, das zu tun, was Bismarck im Jahre 1871 getan hat. Wir haben daher das Recht, der Behauptung des deutschen Kanzlers eine förmliche Widerlegung entgegenzusetzen.

Der Kanzler kennt offensichtlich den Text der Briefe, die wir im Februar 1917 mit Petersburg gewechselt haben, und hat sich erlaubt, ihren Sinn zu fälschen, wie es der berühmteste seiner Vorgänger mit der Kaiserin Devische getan hat. Wir werden an dem Tage, an dem es die russische Regierung für gut halten wird, diese Briefe zu veröffentlichen, feinerliche Einwendungen dagegen machen. Andererseits hat sich der deutsche Kanzler wohl gehütet, etwas von den Erklärungen zu sagen, die ich am 21. März abgegeben habe, und durch die ich im Namen Frankreichs jede Politik der Eroberungen und gewaltsamen Einverleibungen verdammt habe. Der deutsche Kanzler hat absichtlich die Rede vergessen, die ich am 22. Mai in der Kammer hielt, und in der ich erklärte, daß wir bereit seien, in eine Unterhandlung mit Russland über die Kriegsziele einzutreten, und daß, wenn das deutsche Volk, dem wir nicht das Recht zu leben und sich zu entwickeln beizubringen, begreifen würde, daß wir einen auf die Rechte der Völker gegründeten Frieden wollen, ein Friedensschluß dadurch bedeutend erleichtert würde. Er hat mit Stillschweigen die Tagesordnung übergangen, die nach der Geheimnissitzung vom 1. Juni einstimmig angenommen wurde. Als ich diese Tagesordnung unterstufte, sagte ich, daß wir nicht eine Politik der Eroberung oder Unterwerfung verfolgen. Das liegt nicht in der französischen Politik. Aber das konnte nicht die Politik sein, deren Anfälle und deren verderblichen Schlag wir auszuhalten hatten. Ja, wir haben unter dem Druck dieser Politik 25 Jahre gekämpft. Die Vergeltung, die wir heute üben sollen, ist nicht eine Vergeltung der Unterdrückung, sie ist eine Vergeltung, die darin besteht, die Ideen von Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit, wie Frankreich sie hat, ins Volk zu tauchen! Wir kennen ihre Absicht gut. Sie möchten die Demokratie der Welt verwirren und sie glauben machen, daß wir Leute sind, die Eroberungen suchen. Nein! Wir suchen Recht und Gerechtigkeit. Wie wollen diese Provinzen wiedervernehmen, die niemals aufgehört haben, französisch zu sein. Sie waren es durch ihren Willen, denn sie haben sich Frankreich gegeben (1). Im Verlaufe der großen Revolution von 1790 sind sie zum Föderationsvertrage gekommen und haben Frankreich ihren Beitritt erklärt. Seitdem haben sie ein französisches Leben gelebt, sind sie ein Teil Frankreichs gewesen. Als sie uns entzogen wurden, haben wir alle gefühlt, daß diesem zürückkommen, weil sie zu ihm gehören, weil sie nicht zu denen gehören, die sie nicht, wie wir es getan haben, durch Ueberredung gewonnen haben, sondern durch Gewalt, durch das harte Recht des Krieges, das wir verschmähen. Wir wollen nicht gewaltsame Einverleibungen, wir wollen einfach Zurückkehrung dessen, was uns gehört.

Ribot erinnert Johann an die Worte der Tagesordnung, die die Kammer als Folge der geheimen Sitzung vom 1.

bis 5. Juni angenommen hat, und sagte weiter: Man mag jetzt der Welt zu sagen, daß wir Einverleibungen wollen. Das ist ein zu plummes Manöver, als daß jemand sich dadurch täuschen ließe und besonders die demokratischen Massen des russischen Volkes, die man vergebens von ihren Verbündeten zu trennen sucht, indem man sie über die wahren Gefühle der französischen Demokratie täuscht.

Was will der Kanzler? Er sucht die Schwierigkeiten zu verbergen, die er empfindet, um die Kriegsziele Deutschlands festzusetzen und die Bedingungen, unter denen er Frieden machen will. Er sucht besonders die Aufmerksamkeit von der schrecklichen Verantwortlichkeit abzulenken, die auf dem Gewissen des deutschen Kanzlers und seiner Ratgeber lastet. Am Tage nach der Veröffentlichung der Beschlüsse, die am 5. Juli in der in Potsdam abgehaltenen Beratung gefaßt wurden, wo alle Folgerungen des an Gerben abzuwendenden Ultimatus ins Auge gefaßt wurden, des Ultimatus, aus dem Krieg entstehen mußte, am Tage nach der Veröffentlichung versucht der Kanzler diese Ablenkung. Es ist eine gewisse Unverschämtheit, wenn man derartige Verantwortungen hat, Rechenschaft über unsere Absichten zu verlangen. Obgleich wir nicht uns nicht an Deutschland, sondern an diejenigen, die als Zeugen und Mitwirkende dieses Kampfes, den wir seit drei Jahren aushalten, wissen, daß im Grunde der Seele des französischen Volkes eine tiefe Unabgibtlichkeit an die Grundzüge der Gerechtigkeit, an die Achtung vor dem Völkerrecht und — ich kann sagen, auf die Gefahr hin, von unseren Feinden nicht verstanden zu werden —, an wahre Großmut lebt.

Die Erklärung wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört und fand zu wiederholten Malen den einmütigen Beifall der Kammer. Der Erklärung folgte keine Erörterung.

Die Ausführungen des deutschen Reichskanzlers über die Vorgänge in der Geheimnissitzung der französischen Deputiertenkammer haben in Paris und London fast gleichzeitig Balfour und Ribot zu Antworten gezwungen. Ribot versucht in einem Wortwechsel von Worten das edle Frankreich von dem Fluch der Amerikaner zu entlasten, indem er die neue Lehre erfaßt, daß Elsaß-Lothringen sich 1790 freiwillig der Republik ergeben hätten, während Bismarck sie 1870 gewaltsam losrennte. Auch Balfour, dessen Rede wir gestern veröffentlicht haben, hat das Verhalten Frankreichs nach den „entzogenen“ Provinzen unterstellt, sich im übrigen aber gefaßt, andere Ziele aufzustellen, die alleamt von der Wanklung und Gestaltung des Kriegsglückes abhängig sind. Der englische Außenminister hat sich in seinen Reden viel mit philosophischen Studien beschäftigt und vertritt über eine Dosis Skeptizismus, die ihn vor den wortreichen Lügenreden Bloud Georges bewahrt. Balfour sieht ein, daß schließlich nur Taten die Lage der Dinge und den Lauf der Ereignisse wenden können. Immerhin ist eine gewisse Ernüchterung sowohl bei Balfour wie bei Ribot festzustellen. Das Jahr 1917 hat nämlich alle Erwartungen der feindlichen Staatsmänner hinsichtlich der Entscheidung auf den Schlachtfeldern enttäuscht. Auch der wirtschaftliche Zusammenbruch der Zentralmächte wollte nicht eintreten, trotzdem er auf die Stunde vorausberechnet war.

Ribot hat in seiner Verteidigungsrede das „historische“ Recht Frankreichs auf Elsaß-Lothringen in einem Ueberblick von Worten betont, die aber im umgekehrten Sinne eine Tat sind. Denn Ribot enthielt damit wieder einmal die „Kevanchelbe“ der dritten Republik, die seit dreißig Jahren auch die Seele ihrer Politik war. Und diese Kevanchelhoffnung, dieser Wille, Deutschland in einem neuen europäischen Kriege die alten deutschen Stammlande zu entreißen, war wieder die Triebkraft, an der sich Englands historischer Beruf, jeden gefährlichen Konflikt niederzuschlagen, aufrichten konnte. Der Kaiser sagt in seinem Aufsatze mit Recht, daß die Feinde die Hand nach deutschem Lande ausstrecken. Ribot und Balfour haben das bestätigt. Mit ihren eigenen Worten haben sie die Blutschuld der englischen und französischen und russischen Staatsmänner aus Neue festgenagelt. Daß dieser Schuld der Lohn wird, dafür sorgen die Taten der siegreichen See- und die Mannschaften der Uboote der verübenden Mittelmächte.

Durch W.E.B. wird nachstehende Auslassung verbreitet: Der französische Ministerpräsident hat sich nunmehr doch dazu entschließen müssen, sich über die geheimen Ab-

machungen zu äußern, die zwischen der völkerrätlichen und der zarischen Regierung über deutsches Land abgeschlossen worden sind. Herr Ribot geht um die Winkelzüge, deren baldige Veröffentlichung er bereits vor Monaten versprochen hatte, noch immer vorzüglich zurück, aber er kann nicht umhin, zuzugeben, daß die geheimen Abmachungen Frankreich die Unterstützung seiner Regierung auf Elsaß-Lothringen und die übrigen linksrheinischen Gebiete Deutschlands zugesichert haben. Daß unser deutsches Land nicht gänzlich annektiert wird, sondern, so weit dies Frankreich paßt, nur zu einem französischen Schutzstaat werden soll, nehmen wir zur Kenntnis. Zum ersten Mal wird also von der Tribüne der französischen Kammer amtlich eingestanden, wie weit die französischen in Beträgen formulierten Wünsche reichen. Mit keinem Wort ist Herr Ribot von diesen Plänen der Zerstückelung und Verraubung Deutschlands abgedrückt. Und doch mag er, den Mitteilungen des Reichskanzlers ein formelles Vermerk entgegenzusetzen. Danach mag man ermessen, was Worte eines französischen Ministerpräsidenten wert sind. — Herr Ribot kommt in seiner Rede auch auf die falschen Behauptungen über einen Kronrat vom 5. Juli zurück. Wir haben diese Legende bereits gestern zerstückelt. Es ist nichts Wahres an dieser Geschichte mit: der Herr Ribot vergebens von dem geheimen Handelsvertrag abzulenken sucht.

Der Berner „Bund“ zu Ribots Antwort. Der Berner „Bund“ schreibt, Ribots Antwort habe in den Hauptzügen die Angaben des Reichskanzlers bestätigt. Die Tatsache des französischen Abkommens ließe also fest. Das Blatt fragt: Entspricht dieses Programm, das natürlich einen glänzenden Sieg der Entente auf der ganzen Linie zur Voraussetzung hat, wirklich dem, was die russische Revolution unter einem Frieden ohne Annexionen, Entschädigungen und Demütigungen versteht? Wäre dies die Grundlage für einen dauernden Frieden ohne Haß und Wiedervergeltungsgelüste?

Macdonald über die deutsche Friedensentscheidung. Macdonald führte bei Begründung seiner Entscheidung im englischen Unterhaus am 26. Juli aus: Obwohl der Reichstag leider keine Kontrolle über Ministerankündigungen und keine direkte Verantwortlichkeit für die Politik des Landes habe, sei er dennoch die Vertretung des deutschen Volkes. Von einer großen Mehrheit der deutschen Volksvertreter angenommenen Entscheidungen, wie die in Frage stehenden, seien der Ausdruck der Meinung des deutschen Volkes. Sonderbarerweise habe die englische Presse Gewicht auf die Kanzlerrede gelegt, während die deutsche Presse den Nachdruck auf die Entscheidung legte. Der Premierminister aber habe in seiner heutigen Rede in der Deutscherhalle nicht einmal erwähnt. Der Redner betonte, solche inoffizielle, ohne Mitwirkung der amtlichen Stellen abgegebene Erklärungen des Volkes seien die Worte für einen wirklichen Verständigungsfrieden, den wohl fraglos die britische Regierung ebenfalls lieber wolle, als einen diplomatischen Notbehelf, oder einen militärischen Waffenstillstand. Die Deutschen hegten offenbar die Ueberzeugung, daß sie einen Verteidigungskrieg führten, glaubten, daß wirtschaftliche Erfordernisse der Grund des Krieges sei, und hätten Grund für ihre Maßnahmen angesichts der Teilnahme Englands an den Beschlüssen der Pariser Konferenz, die ganz offen zeigten, daß Deutschland nach dem Kriege erbrückt werden solle. Derartige Mißverständnisse müssen beseitigt werden, wenn der Friede ein wirklicher Friede werden soll. Ferner muß England infolge der russischen Revolution seine Kriegsziele ändern. Die britische Regierung habe seit Kriegsausbruch Abkommen mit Italien und Rumänien geschlossen, von denen das Land nichts wisse, wie wohl sie außerhalb des Landes offen beprochen würden. Die Regierung solle Tatsachen eingestehen und den während des Krieges abgehandelten Verträgen kein Wiederbesuch bestehn.

Die italienische Presse hat bis jetzt von den Enthüllungen des Reichskanzlers keinerlei Notiz genommen.

Kriegsnachrichten.

Der große Angriff der Westmächte in Flandern erstreckt sich von Noordspoote bis an die Vos. Den Nordflügel hatten die Franzosen übernommen, die